

Niederschrift

Über die 24. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 08.04.2014, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Vorstellung und Beratung der Forstarbeiten im Bereich der Anflugschneise Ost zum NATO-Flugplatz Teveren
Vorlage: 027/2014
2. Beratung und Entscheidung über den Planvorentwurf zur Erneuerung nachgenannter Straßen einschließlich Kanalsanierung:
- Eburonenstraße
- Merowingerstraße
- Karolingerstraße
Vorlage: 025/2014
3. Beratung und Entscheidung über grundsätzliche Planungsvorgaben zum Neubau bzw. Wiederaufbau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 030/2014
4. Beratung und Beschlussfassung zum Wegebauprogramm 2014
Vorlage: 032/2014
5. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Leonhard Kuhn

Mitglieder

2. Marko Banzet
3. Karl-Peter Conrads
4. Klaus Dohlen
5. Uwe Eggert
6. Dr. Stefan Evertz
7. Johann Graf
8. Theresia Hensen
9. Horst-Eberhard Hoffmann
10. Stefan Kassel in Vertretung für Herrn Melchers

11. Wilfried Kleinen
12. Hans-Josef Paulus in Vertretung für Herrn Schumacher
13. Barbara Slupik
14. Kurt Sybertz
15. Raimund Tartler

Sachkundige/r Bürger/in

16. Holger Koch
17. Karl-Heinz Lubberich
18. Heiner Molz in Vertretung für Herrn Rummler
19. Friedhelm Rose

von der Verwaltung

20. Bürgermeister Thomas Fiedler
21. Technischer Beigeordneter Markus Mönter
22. Dirk Beemelmans
23. Andreas Eickhoff
24. Alexander Jansen
25. Manfred Savoir

Protokollführer

26. Nathalie Kwade

Gäste

27. Siegfried Czorny
28. Ekkehard Heinichen
29. Werner Nemetschek
30. Wolfgang von der Heiden
31. Martin Wingertzahn
32. Florian Zieseniß

Es fehlten:

33. Markus Melchers
34. Moritz Rummler
35. Manfred Schumacher

Ausschussvorsitzender Kuhn begrüßte die zahlreichen Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung zur 24. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses. Besonders begrüßte er die Herren Zieseniß und Wingertzahn vom Bundesforstbetrieb sowie die Herren Nemetschek, Heinichen und Czorny vom NATO E-3A-Verband. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und teilte mit, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift zur letzten Sitzung seien keine Einwendungen erhoben worden.

**TOP 1 Vorstellung und Beratung der Forstarbeiten im Bereich der Anflugschneise Ost zum NATO-Flugplatz Teveren
Vorlage: 027/2014**

Oberst Nemetschek stellte sich dem Ausschuss und den Zuhörern vor und bedankte sich für die Gelegenheit, zur Klärung der Sachlage beizutragen.

Es sei vieles über den Kahlschlag in der Teverener Heide berichtet worden, das nicht notwendigerweise von Sachkenntnis geprägt gewesen sei. Deswegen wolle der NATO E-3A-Verband sowie auch der Bundesforstbetrieb heute hierzu Stellung nehmen.

Oberst Nemetschek wies darauf hin, dass er sich bei seiner Stellungnahme auf das luftverkehrsrechtliche Verfahren beschränken werde. Zunächst erläuterte er anhand einer Karte, dass für das Herstellen der Hindernisfreiheit eine horizontale und eine vertikale Betrachtung erfolgen. Der Abstand, die Ausdehnung und der Winkel, die den hindernisfreien Bereich vor der Landebahn definieren, seien jeweils gesetzlich vorgeschrieben.

Der nunmehr vom Kahlschlag betroffene Bereich liege schon immer in dieser Fläche. Nun habe eine Anpassung an die zivilen Luftverkehrsvorschriften dazu geführt, dass die maximale Höhe der dort stehenden Bäume von 12 m auf 5 m reduziert werden musste. Hierdurch habe sich der aktuelle Handlungsbedarf ergeben.

Bei der Beantragung der Wiederherstellung der Hindernisfreiheit habe der Verband eine Terminologie verwendet, die er zukünftig nicht mehr gebrauchen werde, um erneute Missverständnisse zu vermeiden. So sei von der Kappung von Bäumen die Rede gewesen. Auf welche Weise die Hindernisfreiheit wieder hergestellt werde, liege allerdings nicht in der Entscheidung des Verbandes, sondern in der Verantwortung des Bundesforstes.

Er versicherte, dass in Zukunft schon im Vorfeld bekannt gegeben werde, welche Maßnahmen im Einzelnen geplant seien, und wies abschließend darauf hin, dass das Herstellen der Hindernisfreiheit nicht zu einer Steigerung des Flugbetriebes führe.

Auf entsprechende Nachfrage des Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte Oberstleutnant Czorny, dass die maßgeblichen Vorschriften seit 2008 an die Vorschriften der zivilen Luftfahrt angeglichen seien.

Oberst Nemetschek antwortete auf die Frage des Stadtverordneten Graf, dass die Kappung der Bäume, die im Bereich des Sportplatzes stünden, tatsächlich noch erfolgen müsse.

Herr Zieseniß vom Bundesforstbetrieb erklärte, dass der Bestand im fraglichen Bereich zu 40 % aus 45-jährigen Eichen, Kiefern und Birken und zu 60 % aus 18-jährigen Kiefern, Aspen und Weiden bestanden habe.

Das Kappen einzelner Bäume würde dazu führen, dass tote Stämme inmitten des Waldes stünden, da beispielsweise Kiefern und Birken durch das Kappen absterben würden. Aus diesem Grunde sei mit der Rodung die einzige fachlich sinnvolle Maßnahme zur Herstellung der Hindernisfreiheit durchgeführt worden. Dank der an dieser Stelle vorhandenen Baumarten entstünde eigens-tändig ein neuer Wald, der sicherlich irgendwann ebenfalls auf den Stock ge-setzt werden müsse. Dieses Vorgehen sei im Sinne des Gesetzes und ökolo-gisch wertvoller, als das Kappen einzelner Bäume und die daraus resultieren-de „Totholzwüste“.

Tatsächlich sei der Begriff „Kappung“ im vorliegenden Fall irreführend. Der ge-samte Bereich sei in sich zu hoch gewesen und habe daher vollständig ge-kappt werden müssen. Solche Maßnahmen wolle der Bundesforstbetrieb in der zukünftigen Kommunikation transparenter ankündigen. Die vorab erfolg-ten Informationen und Ortstermine seien wie sich gezeigt habe nicht ausrei-chend gewesen.

Auf entsprechende Nachfrage des Stadtverordneten Graf erklärte Herr Ziese-niß, dass an diversen Ortsbegehungen Vertreter des NATO E-3A-Verbandes, des Bundesforstbetriebes und der Landesforstbehörde teilgenommen hätten. Auch die Stadt Geilenkirchen sei eingeladen gewesen.

Stadtverordneter Dr. Evertz machte deutlich, dass insbesondere mit Blick auf die lange Vorbereitungszeit seit 2008 der Kahlschlag durch das regelmäßige Fällen von Einzelbäumen hätte verhindert werden können. Für die Zukunft wünsche er sich eine solche langfristige Planung. Auch sollten langsamer und nicht so hoch wachsende Bäume gepflanzt werden.

Herr Zieseniß erklärte, dass zukünftig eine strukturierte und nicht mehr flächige Vorgehensweise vorgesehen sei. So solle schon im übernächsten Jahr ein Teil der fraglichen Fläche runtergemulcht werden. Bezüglich des Vorschlages des Stadtverordneten Dr. Evertz wies er darauf hin, dass niedrig- und langsam-wachsende Bäume wie zum Beispiel die Eiche künstlich eingebracht und re-gelmäßig freigeschnitten werden müssten, da sie ansonsten von schnellwach-senden Bäumen verdrängt würden.

Stadtverordneter Paulus stellte klar, dass er nicht in allen Punkten mit den Aus-führungen der Vertreter der NATO und des Bundesforstbetriebes übereinstim-me. Er betonte, dass weder die Tevereener Bevölkerung noch er als Ortsvorste-her jemals etwas gegen die Stationierung des Awacs-Verbandes gehabt hät-ten.

Die Flugsicherheit sei von hervorgehobener Bedeutung und dürfe nie und unter keinen Umständen zur Disposition stehen. Allerdings seien Zweifel daran, ob die in den vergangenen Jahren erfolgten Kahlschläge immer zwingend erforderlich waren, seiner Meinung nach durchaus berechtigt. So habe es im Jahr 2008 und auch in den Jahren davor gleichgelagerte Fälle gegeben, bei denen nachgewiesenermaßen die erfolgten Kahlschläge nicht im Zusammenhang mit der Flugsicherheit gestanden hätten. Seinerzeit hätten sich der Kommandeur des AWACS-Verbandes, General Stephen Schmidt, Oberst Mack und die Wehrbereichsverwaltung öffentlich von der Vorgehensweise durch den Bundesforstbetrieb distanziert. Die Vertreter der beteiligten Behörden hätten schwerwiegende Versäumnisse eingeräumt und zugesichert, dass sich Gleiches nicht wiederholen werde.

Stadtverordneter Paulus erklärte, dass sein Ziel sei, unter allen Umständen zu verhindern, dass sich Kahlschläge dieser Art beliebig wiederholen. Als einzige Lösung sehe er die Kündigung der seinerzeit geschlossenen Vereinbarung mit dem Bundesforst. In der Neufassung sollte die geregelt werden, dass die Stadt Geilenkirchen über ein echtes und unmittelbares Mitspracherecht verfüge und somit die Handlungsfähigkeit zurück gewinne. Er forderte, dass als Ersatz für die nunmehr geschlagenen Bäume eine Aufforstung mit Eichen und Buchen und die Wiederanpflanzung der ehemals auf der Wanderdüne im Bereich der Einflugschneise vorhandenen Heide.

Er erinnerte abschließend daran, dass im Falle des AWACS-Streites mit der Gemeinde Onderbanken das oberste niederländische Gericht befunden habe, dass die Rodung des Waldgebietes auf niederländischer Seite rechtswidrig gewesen sei.

Herr Zieseniß wies darauf hin, dass es sich bei der fraglichen Fläche nicht um ein Naturschutz-, sondern um ein Landschaftsschutzgebiet handele. Er erklärte, dass Heide eine interessante und schützenswerte Kulturlandschaft sei. Allerdings benötige man an dieser Stelle einen Umforstungsantrag, um dort wieder Heide pflanzen zu können.

Stadtverordneter Dr. Evertz betonte, dass er den Vorschlag des Stadtverordneten Paulus begrüße, die Fläche neu zu gestalten. Er regte an, sich nicht auf bestimmte Baumarten festzulegen, sondern eine Aufforstung unter Einbeziehung einer Fachplanung zu beantragen.

Technischer Beigeordneter Mönter wies darauf hin, dass in dieser Frage die Stadt keine Entscheidungshoheit habe. Auf entsprechende Rückfrage des sachkundigen Bürgers Molz erklärte er, dass der Bewirtschaftungsvertrag unbefristet sei, aber gekündigt werden könne.

Auf entsprechende Frage des Stadtverordneten Kassel antwortete Bürgermeister Fiedler, dass der Stadt Mehrkosten entstünden, wenn von dem jetzigen Verfahren abgewichen würde und ein ökologischer Plan mit Auffors-

tungsmaßnahmen zur Vermeidung eines erneuten Kahlschlages erstellt würde, da dies nicht Bestandteil des Vertrages sei.

Herr von der Heiden ergänzte, dass nur Bäume Wald im Sinne des Bundesforstgesetzes darstellten. Es gebe jedoch keine Baumart, die nicht nach einigen Jahren eine Höhe von 10 m überschreite. Stadtverordneter Dr. Evertz stellte klar, dass er gern einen Plan für eine vernünftige Niederwaldwirtschaft mit Begleitgrün hätte. Seine Fraktion stelle daher den Antrag auf eine fundierte Planung, wie diese Fläche gepflegt werden könne.

Stadtverordneter Conrads fasste die im Laufe der Diskussion genannten Argumente zusammen. So sei eine Umwandlung der Fläche nach Aussage des Herrn Zieseniß nicht ohne weiteres möglich. Zweitens würden Kosten verursacht, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar seien, und drittens sei kein ökologischer Vorteil gegenüber dem aktuell Geplanten gegeben.

Abschließend bedankte sich Oberst Nemetschek herzlich bei der Geilenkirchener Bevölkerung dafür, dass sie die durch die Stationierung des E-3A-Verbandes entstehenden Belastungen, unter anderem durch den Fluglärm, ertrage.

Ausschussvorsitzender Kuhn schlug mit Blick auf die zuvor im Rahmen der Diskussion gestellten Anträge vor, nach der ausgiebigen Erörterung aller Aspekte den Beschlussvorschlag der Verwaltung aufzunehmen und so alle Möglichkeiten offen zu lassen. Als nächster Schritt werde die vom Bundesforst vorzulegende Gesamtplanung dem Ausschuss vorgelegt. Der Ausschuss zeigte sich hiermit einverstanden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Bundesforstbetrieb Rhein-Weser eine verbindliche Verfahrensvereinbarung zu treffen, dass auf der Grundlage einer Gesamtplanung jährlich die geplanten Forstmaßnahmen im Bereich der Anflugschneise Ost zum NATO-Flugplatz Teveren in einem städtischen Ratsgremium vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 2 Beratung und Entscheidung über den Planvorentwurf zur Erneuerung nachgenannter Straßen einschließlich Kanalsanierung:
- Eburonenstraße
- Merowingerstraße
- Karolingerstraße
Vorlage: 025/2014

Herr Brendt vom gleichnamigen Ingenieurbüro stellte die der Niederschrift als Anlage beigefügte Präsentation einschließlich einiger Gestaltungsvarianten vor.

Stadtverordnete Slupik dankte Herrn Brendt für die ausführliche Erläuterung der Planung. Sie wies darauf hin, dass die Anwohner dieser Straßen teilweise verunsichert seien, und betonte mit Blick auf die zahlreichen Zuhörer, dass die gesamte Maßnahme in enger und transparenter Absprache mit den Einwohnern erfolgen müsse. Die Stadt sei von Rechts wegen zur Durchführung dieser Maßnahme verpflichtet. Sie wies darauf hin, dass es eine Einwohnerversammlung geben werde, in der die Einzelheiten genau dargestellt werden. Dort hätten die Bürger auch die Gelegenheit, sich zu der Planung zu äußern.

Auf Nachfrage von Frau Slupik erklärte Technischer Beigeordneter Mönter, dass die umlagefähigen Kosten für die Straße nach der Größe der Anliegergrundstücke verteilt werden und dass mit ungefähr 9 bis 13 Euro pro Quadratmeter gerechnet werden müsse. Diese Kosten kommen jedoch erst später auf die Anlieger zu, wenn die Arbeiten abgeschlossen und abgerechnet seien.

Herr Brendt erklärte auf entsprechende Nachfrage des Stadtverordneten Kleinen, dass der vorgestellte langsamere Bauablauf etwas teurer werden würde, als der schnellere. Da der durch das Ingenieurbüro berechnete Kostenansatz in der Regel etwas zu hoch angesetzt sei, müsste jedoch erfahrungsgemäß auch die langsamere Bauvariante durch die Kostenannahme abgedeckt sein.

Er antwortete auf die Frage des Stadtverordneten Eggert, dass Bäume dem Verkehrs- und Parkraum stets Fläche wegnehmen. Der Querschnitt habe sich bewährt und sollte daher auch so beibehalten werden. Aus diesem Grunde würde keine Mischfläche angeboten werden.

Auf entsprechende Nachfrage des Stadtverordneten Sybertz erklärte Herr Savor, dass für die Verlegung von Leerrohren für Glasfaser Kosten in Höhe von ca. 30 – 40.000 Euro entstünden, die ausschließlich den Stadthaushalt belasten würden. Da zur Zeit nicht absehbar sei, ob und wann diese Rohre von der Deutschen Glasfaser genutzt werden, sollte auf die Mitverlegung derzeit verzichtet werden. Sofern die Deutsche Glasfaser tatsächlich Glasfaserkabel verlege, werde dies voraussichtlich wie in den derzeitigen Ausbaubereichen für die Stadt kostenfrei geschehen.

Stadtverordneter Paulus erkundigte sich nach der Möglichkeit einer Förderung. Technischer Beigeordneter Mönter antwortete, dass es sich bei den vorliegenden Straßen um Anliegerstraßen handele und dass es hierfür keine Förderprogramme mehr gebe.

Ausschussvorsitzender Kuhn schlug vor, die Einwohnerversammlung am 04.06.2014 im Ratssaal durchzuführen.

Beschluss:

Dem Bauvorentwurf in der Fassung vom 07.02.2014 zur Erneuerung der Eburorenstraße, Merowingerstraße und Karolingerstraße wird zugestimmt. Dem Rat der Stadt wird die Beschlussfassung einer Einwohnerversammlung zu der betreffenden Straßenerneuerungsmaßnahme am 04.06.2014 vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Beratung und Entscheidung über grundsätzliche Planungsvorgaben zum Neubau bzw. Wiederaufbau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 030/2014**

Herr Beckert von der Firma Constrata stellte die der Niederschrift beigefügte Präsentation vor.

Ausschussvorsitzender Kuhn wies eingangs der Diskussionsrunde darauf hin, dass der Beschlussvorschlag nur vorbehaltlich des Haushaltes gefasst werden könne.

Stadtverordnete Slupik betonte, dass vor dem Hintergrund der Haushaltssituation sicherlich nicht alle Module gewählt werden könnten. Wichtig seien ihrer Meinung nach allerdings die fünfte Bahn und auch die Bürgerbegegnungsstätte.

Auf entsprechende Frage des sachkundigen Bürgers Molz erklärte Herr Beckert, dass die zwei eingepplanten Hubböden eine größere Variabilität insbesondere für den Schwimmunterricht bieten würden. So könnte bei hochgefahrenem Boden mehreren Klassen gleichzeitig Anfängerschwimmunterricht erteilt werden.

Stadtverordneter Dr. Evertz betonte, dass Einzelheiten erst entschieden werden könnten, wenn bekannt sei, welchen Betrag die Versicherung zahle. Auf seine entsprechende Nachfrage erklärte Herr Beckert, dass über Energiesparsysteme weitere Kosten eingespart werden könnten.

Stadtverordneter Graf erklärte, dass insbesondere wichtig sei, dass die Stadt Geilenkirchen wieder ein Hallenbad bekomme. Dabei sei die Bürgerbegegnungsstätte von herausragender Bedeutung. Ob eine fünfte Bahn realisierbar sei, sei eine reine Kostenfrage.

Beschluss:

Auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses vom 08.04.2014 und der eingegangenen Anregungen aus der Einwohnerversammlung entscheidet der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 07.05.2014 vorbehaltlich des Haushaltes über die grundsätzlichen Planungsvorgaben zum Neubau bzw. Wiederaufbau des städtischen Hallenbades.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP 4 Beratung und Beschlussfassung zum Wegebauprogramm 2014
Vorlage: 032/2014**

Stadtverordnete Hensen erklärte eingangs, dass die Bewohner Grotenraths den Beschluss der Wegebaukommission bezüglich der Sperrung des Laubenweges enttäuscht zur Kenntnis genommen hätten. Entgegen der Annahme der Kommission werde die Straße von vielen als Abkürzung genutzt.

Stadtverordneter Sybertz wies darauf, dass der Laubenweg von der Scherpenseeler Straße aus nur für den landwirtschaftlichen Verkehr freigegeben sei. Stadtverordnete Hensen bat die Verwaltung dies nochmals zu überprüfen.

Bezüglich der Alten Poststraße erklärte Stadtverordneter Kassel, dass seine Fraktion sich für die günstigere Variante 1 ausspreche. Die vorhandenen Parkplätze könne man gegebenenfalls als Behindertenparkplätze erhalten. Stadtverordnete Slupik bat die Verwaltung um Prüfung der aktuellen Situation und insbesondere der Einstellung der Anwohner hierzu. Es handele sich um einen sehr sensiblen Bereich, so dass die Entscheidung hierüber sorgfältig abgewogen werden sollte.

Sachkundiger Bürger Rose sprach sich dafür aus, die Alte Poststraße für den Fahrzeugverkehr zu sperren. Die Post werde vom Holzmarkt aus beliefert und Parkplätze seien in ausreichender Zahl in der Nähe vorhanden.

Stadtverordneter Dr. Evertz schloss sich Frau Slupik bezüglich der vorgeschlagenen Prüfung durch die Verwaltung an.

Beschluss:

Entsprechend der Beratungsvorlage beschließt der Umwelt- und Bauausschuss das von der Wegebaukommission am 26.03.2014 vorgeschlagene Bauprogramm 2014.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Bauleistungen öffentlich auszuschreiben.

Die Zuschlagserteilung ist zur Beschlussfassung für den Rat am 07.05.2014 vorzubereiten.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, die beiden vorgeschlagenen Varianten bezüglich der Alten Poststraße zu prüfen und dem Rat einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 5 Verschiedenes

1. Stadtverordneter Eggert wies darauf hin, dass sich die Bauchemer Bürger ein Ortseingangsschild „Bauchem – Stadt Geilenkirchen“ am Ortseingang von Gillrath kommend wünschen.
2. Stadtverordneter Sybertz erinnerte daran, dass die alte Polizeiwache leer stehe. Die Regenablaufriren seien zugewachsen, so dass das Wasser überlaufe. Er bat die Verwaltung darum, nachzuforschen, was mit dem Gebäude in Zukunft geschehen solle.
3. Auf entsprechende Nachfrage des Stadtverordneten Graf erklärte Technischer Beigeordneter Mönter, dass die Versiegelung im Bereich des neuen Autohauses an der Landstraße in Niederheid zulässig sei und den Vorgaben entspreche.

Sitzung endet um: 20:50 Uhr

Vorsitzender

Leonhard Kuhn

Schriftführer/in:

Nathalie Kwade